

1976	Ausgegeben zu Bonn am 21. August 1976	Nr. 103
------	---------------------------------------	---------

Tag	Inhalt	Seite
18. 8. 76	Fünftes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)	2197
	2032-1, 2032-11-2, 2030-22	
18. 8. 76	Zweites Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften	2209
	2030-1, 2030-2	

Fünftes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

Vom 18. August 1976

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung des Artikels I des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes vom 3. Juni 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 1357), wird wie folgt geändert:

1. In § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „330“ und „308“ ersetzt durch die Zahlen „346“ und „326“.
2. in § 62 Abs. 2 wird das Wort „dreiundsechzig“ ersetzt durch das Wort „sechsendsechzig“.
3. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1 300“ durch die Zahl „1 365“ und in Absatz 2 die Zahl „650“ durch die Zahl „683“ ersetzt.
4. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2 207“ und „1 817“ durch die Zahlen „2 317“ und „1 908“ sowie in Absatz 2 die Zahl „1 103“ durch die Zahl „1 158“ ersetzt.

5. an die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.
6. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes.
7. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in den Anlagen VI a bis VI e und des AuslandsKinderzuschlages in Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 3 a bis 3 f dieses Gesetzes.
8. an die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 4 dieses Gesetzes.
9. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in der Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 5 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) werden um fünf vom Hundert erhöht:

1. in den als Bundesrecht geltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer im Bereich der Länder (einschließlich der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse).
2. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren. Die Grundgehaltssätze in den Besoldungsgruppen, die zu der Tarifklasse II des Ortszuschlages gehören, werden um mindestens 60,79 DM erhöht; die Grundgehaltssätze in den Besoldungsgruppen, die zu der Tarifklasse I c des Ortszuschlages gehören, werden um mindestens 59,35 DM erhöht.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 oder Anlage 6 des Vierten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089) die Sätze der entsprechenden Besoldungsordnung der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. § 2 Abs. 3 letzter Satz gilt entsprechend. An die Stelle der Sätze des

Ortszuschlages in der Anlage II des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht; § 2 Abs. 3 letzter Satz gilt entsprechend.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,0 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern wird für das Fünfte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf 5,0 vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Weitere Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

§ 1

In § 26 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Für die in Absatz 2 Nr. 1 genannten Bereiche beträgt die Obergrenze für erste Beförderungsamter nach Satz 1 achtzig vom Hundert, für die durch Satz 1 und 2 nicht unmittelbar erfaßten Fälle des Absatzes 2 Nr. 2 sowie die Bereiche des Absatzes 2 Nr. 3 und des Absatzes 3 fünfundsechzig vom Hundert der Gesamtzahl der Planstellen, die in diesen Bereichen für das Eingangsamter und das erste Beförderungsamter verbleiben. In den Bereichen des Absatzes 3 kann die Obergrenze für erste Beförderungsamter überschritten werden, soweit dies zur sachgerechten Bewertung erforderlich ist.“

§ 2

Sind die zulässigen Stellenanteile für erste Beförderungsamter nach § 26 Abs. 6 Satz 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes überschritten, so ist auf die in diesen Vorschriften erfaßten Bereiche nach Inkrafttreten dieser Vorschriften Artikel 1 § 3 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 18. Dezember 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 3091) entsprechend anzuwenden.

Artikel III

Anderung des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern wird wie folgt geändert:

1. In Artikel IX § 27 werden die Worte „31. Dezember 1976“ durch die Worte „30. Juni 1977“ ersetzt,
2. in Artikel X § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „650“ und „1 300“ durch die Zahlen „683“ und „1 365“ ersetzt.

Artikel IV

Anderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1273), zuletzt geändert durch das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089), treten die Sätze der Anlage 6 dieses Gesetzes.

Artikel V

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Sonderbeträge für ledige Beamte und Soldaten

(1) Beamte und Soldaten, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes der Stufe 1 des Ortszuschlages angehörten und sich zu diesem Zeitpunkt in Besol-

dungsgruppe A 9, erste bis vierte Dienstaltersstufe, und in Besoldungsgruppe A 10, erste Dienstaltersstufe, befunden haben, erhalten einmalig folgenden Sonderbetrag:

- a) in Besoldungsgruppe A 9

erste und zweite Dienstaltersstufe	58,50 DM,
dritte Dienstaltersstufe	34,32 DM,
vierte Dienstaltersstufe	5,46 DM,
- b) in Besoldungsgruppe A 10

erste Dienstaltersstufe	20,28 DM.
-------------------------	-----------

(2) Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ruhegehaltfähige Dienstbezüge nach Absatz 1 zugrunde liegen, erhalten den Sonderbetrag in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweiligen maßgebenden Hundertsatz (Anteilssatz) aus den in Absatz 1 genannten Beträgen ergibt.

§ 2

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel II am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. August 1976

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Osswald

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Katharina Focke

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

Anlage 1

Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
1	II	730,82	755,06	779,30	803,54	827,78	852,02	876,26
2		774,10	798,34	822,58	846,82	871,06	895,30	919,54
3		829,37	854,97	880,57	906,17	931,77	957,37	982,97
4		860,80	890,41	920,02	949,63	979,24	1 008,85	1 038,46
5		891,05	924,80	958,55	992,30	1 026,05	1 059,80	1 093,55
6		943,44	978,43	1 013,42	1 048,41	1 083,40	1 118,39	1 153,38
7		1 019,39	1 054,38	1 089,37	1 124,36	1 159,35	1 194,34	1 229,33
8		1 067,64	1 110,76	1 153,88	1 197,00	1 240,12	1 283,61	1 328,88
9	I c	1 192,93	1 237,42	1 283,77	1 330,48	1 378,05	1 429,89	1 481,73
10		1 306,44	1 370,83	1 435,22	1 499,61	1 564,00	1 628,39	1 692,78
11		1 522,02	1 588,00	1 653,98	1 719,96	1 785,94	1 851,92	1 917,90
12		1 657,69	1 736,36	1 815,03	1 893,70	1 972,37	2 051,04	2 129,71
13	I b	1 878,41	1 963,34	2 048,27	2 133,20	2 218,13	2 303,06	2 387,99
14		1 933,33	2 043,46	2 153,59	2 263,72	2 373,85	2 483,98	2 594,11
15		2 180,07	2 301,13	2 422,19	2 543,25	2 664,31	2 785,37	2 906,43
16		2 423,23	2 563,23	2 703,23	2 843,23	2 983,23	3 123,23	3 263,23

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
1	I b	3 874,91
2		4 595,71
3	I a	4 808,15
4		5 127,74
5		5 494,39
6		5 840,62
7		6 177,41
8		6 528,46
9		6 964,34
10		8 317,86
11		9 081,19

Anlage 1

Dienstaltersstufe								Dienstalters- zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
900,50	924,74							24,24
943,78	968,02	992,26						24,24
1 008,57	1 034,17	1 059,77						25,60
1 068,07	1 097,68	1 127,29						29,61
1 127,30	1 161,05	1 194,80						33,75
1 188,37	1 223,36	1 258,35	1 294,18					1)
1 264,32	1 300,48	1 337,21	1 373,94	1 412,03	1 452,80			1)
1 374,15	1 421,75	1 471,99	1 522,23	1 572,47	1 622,71			1)
1 533,57	1 585,41	1 637,25	1 689,09	1 740,93	1 792,77			1)
1 757,17	1 821,56	1 885,95	1 950,34	2 014,73	2 079,12			64,39
1 983,88	2 049,86	2 115,84	2 181,82	2 247,80	2 313,78	2 379,76		65,98
2 208,38	2 287,05	2 365,72	2 444,39	2 523,06	2 601,73	2 680,40		78,67
2 472,92	2 557,85	2 642,78	2 727,71	2 812,64	2 897,57	2 982,50		84,93
2 704,24	2 814,37	2 924,50	3 034,63	3 144,76	3 254,89	3 365,02		110,13
3 027,49	3 148,55	3 269,61	3 390,67	3 511,73	3 632,79	3 753,85	3 874,91	121,06
3 403,23	3 543,23	3 683,23	3 823,23	3 963,23	4 103,23	4 243,23	4 383,23	140,00

1) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besol- dungs- gruppe	von Dienst- alters- stufe	bis Dienst- alters- stufe	DM
A 6	1	10	34,99
	10	11	35,83
A 7	1	8	34,99
	8	9	36,16
	9	11	36,73
	11	12	38,09
	12	13	40,77
A 8	1	5	43,12
	5	6	43,49
	6	8	45,27
	8	9	47,60
	9	13	50,24
A 9	1	2	44,49
	2	3	46,35
	3	4	46,71
	4	5	47,57
	5	13	51,84

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	Stufe 1 2 483,98			Stufe 2 2 594,11			
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	1 931,85	2 070,64	2 209,43	2 348,22	2 487,01	2 625,80	2 764,59
C 3		2 183,27	2 340,41	2 497,55	2 654,69	2 811,83	2 968,97	3 126,11
C 4	I a	2 827,75	2 985,71	3 143,67	3 301,63	3 459,59	3 617,55	3 775,51

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
		Lebensalter						
		31	33	35	37	39	41	43
R 1	I b	2 433,90	2 606,85	2 779,80	2 952,75	3 125,70	3 298,65	3 471,60
R 2		2 847,76	3 020,71	3 193,66	3 366,61	3 539,56	3 712,51	3 885,46

R 3	I a	4 808,15
R 4		5 127,74
R 5		5 494,39
R 6		5 840,62
R 7		6 177,41
R 8		6 528,46
R 9		6 964,34
R 10		8 703,72

Stufe 3 2 704,24								
Dienstaltersstufe								Dienstalterszulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
2 903,38	3 042,17	3 180,96	3 319,75	3 458,54	3 597,33	3 736,12	3 874,91	138,79
3 283,25	3 440,39	3 597,53	3 754,67	3 911,81	4 068,95	4 226,09	4 383,23	157,14
3 933,47	4 091,43	4 249,39	4 407,35	4 565,31	4 723,27	4 881,23	5 039,19	157,96

8	9	10	Lebensalterszulage
45	47	49	
3 644,55	3 817,50	3 990,45	172,95
4 058,41	4 231,36	4 404,31	172,95

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	592,40	686,90	767,75	845,02	880,87	948,82	1 016,77	1 101,40
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	499,74	594,24	675,09	752,36	788,21	856,16	924,11	1 008,74
I c	A 9 bis A 12	444,14	538,64	619,49	696,76	732,61	800,56	868,51	953,14
II	A 1 bis A 8	418,37	508,37	589,22	666,49	702,34	770,29	838,24	922,87

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 84,63 DM

Anlage 3 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	670	803	936	1 069	1 202	1 335	1 468	1 601	1 734	1 867	2 000	2 133
A 5 bis A 6	765	905	1 045	1 185	1 325	1 465	1 605	1 745	1 885	2 025	2 165	2 305
A 7 bis A 8	866	1 020	1 174	1 328	1 482	1 636	1 790	1 944	2 098	2 252	2 406	2 560
A 9	1 023	1 189	1 355	1 521	1 687	1 853	2 019	2 185	2 351	2 517	2 683	2 849
A 10	1 160	1 333	1 506	1 679	1 852	2 025	2 198	2 371	2 544	2 717	2 890	3 063
A 11	1 277	1 460	1 643	1 826	2 009	2 192	2 375	2 558	2 741	2 924	3 107	3 290
A 12	1 419	1 612	1 805	1 998	2 191	2 384	2 577	2 770	2 963	3 156	3 349	3 542
A 13	1 559	1 761	1 963	2 165	2 367	2 569	2 771	2 973	3 175	3 377	3 579	3 781
A 14	1 694	1 902	2 110	2 318	2 526	2 734	2 942	3 150	3 358	3 566	3 774	3 982
A 15	1 893	2 117	2 341	2 565	2 789	3 013	3 237	3 461	3 685	3 909	4 133	4 357
A 16 bis B 2	2 041	2 281	2 521	2 761	3 001	3 241	3 481	3 721	3 961	4 201	4 441	4 681
B 3 bis B 4	2 073	2 330	2 587	2 844	3 101	3 358	3 615	3 872	4 129	4 386	4 643	4 900
B 5 bis B 7	2 304	2 588	2 872	3 156	3 440	3 724	4 008	4 292	4 576	4 860	5 144	5 428
B 8 und höher	2 522	2 847	3 172	3 497	3 822	4 147	4 472	4 797	5 122	5 447	5 772	6 097

Anlage 3 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	570	683	796	909	1 022	1 135	1 248	1 361	1 474	1 587	1 700	1 813
A 5 bis A 6	650	769	888	1 007	1 126	1 245	1 364	1 483	1 602	1 721	1 840	1 959
A 7 bis A 8	736	867	998	1 129	1 260	1 391	1 522	1 653	1 784	1 915	2 046	2 177
A 9	870	1 011	1 152	1 293	1 434	1 575	1 716	1 857	1 998	2 139	2 280	2 421
A 10	986	1 133	1 280	1 427	1 574	1 721	1 868	2 015	2 162	2 309	2 456	2 603
A 11	1 085	1 241	1 397	1 553	1 709	1 865	2 021	2 177	2 333	2 489	2 645	2 801
A 12	1 206	1 370	1 534	1 698	1 862	2 026	2 190	2 354	2 518	2 682	2 846	3 010
A 13	1 325	1 497	1 669	1 841	2 013	2 185	2 357	2 529	2 701	2 873	3 045	3 217
A 14	1 440	1 617	1 794	1 971	2 148	2 325	2 502	2 679	2 856	3 033	3 210	3 387
A 15	1 609	1 799	1 989	2 179	2 369	2 559	2 749	2 939	3 129	3 319	3 509	3 699
A 16 bis B 2	1 735	1 939	2 143	2 347	2 551	2 755	2 959	3 163	3 367	3 571	3 775	3 979
B 3 bis B 4	1 762	1 980	2 198	2 416	2 634	2 852	3 070	3 288	3 506	3 724	3 942	4 160
B 5 bis B 7	1 958	2 199	2 440	2 681	2 922	3 163	3 404	3 645	3 886	4 127	4 368	4 609
B 8 und höher	2 144	2 420	2 696	2 972	3 248	3 524	3 800	4 076	4 352	4 628	4 904	5 180

Anlage 3 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	469	562	655	748	841	934	1 027	1 120	1 213	1 306	1 399	1 492
A 5 bis A 6	536	634	732	830	928	1 026	1 124	1 222	1 320	1 418	1 516	1 614
A 7 bis A 8	606	714	822	930	1 038	1 146	1 254	1 362	1 470	1 578	1 686	1 794
A 9	716	832	948	1 064	1 180	1 296	1 412	1 528	1 644	1 760	1 876	1 992
A 10	812	933	1 054	1 175	1 296	1 417	1 538	1 659	1 780	1 901	2 022	2 143
A 11	894	1 022	1 150	1 278	1 406	1 534	1 662	1 790	1 918	2 046	2 174	2 302
A 12	993	1 128	1 263	1 398	1 533	1 668	1 803	1 938	2 073	2 208	2 343	2 478
A 13	1 091	1 232	1 373	1 514	1 655	1 796	1 937	2 078	2 219	2 360	2 501	2 642
A 14	1 186	1 332	1 478	1 624	1 770	1 916	2 062	2 208	2 354	2 500	2 646	2 792
A 15	1 325	1 482	1 639	1 796	1 953	2 110	2 267	2 424	2 581	2 738	2 895	3 052
A 16 bis B 2	1 429	1 597	1 765	1 933	2 101	2 269	2 437	2 605	2 773	2 941	3 109	3 277
B 3 bis B 4	1 451	1 631	1 811	1 991	2 171	2 351	2 531	2 711	2 891	3 071	3 251	3 431
B 5 bis B 7	1 613	1 812	2 011	2 210	2 409	2 608	2 807	3 006	3 205	3 404	3 603	3 802
B 8 und höher	1 765	1 993	2 221	2 449	2 677	2 905	3 133	3 361	3 589	3 817	4 045	4 273

Anlage 3 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	328	393	458	523	588	653	718	783	848	913	978	1 043
A 5 bis A 6	375	444	513	582	651	720	789	858	927	996	1 065	1 134
A 7 bis A 8	424	500	576	652	728	804	880	956	1 032	1 108	1 184	1 260
A 9	501	582	663	744	825	906	987	1 068	1 149	1 230	1 311	1 392
A 10	568	653	738	823	908	993	1 078	1 163	1 248	1 333	1 418	1 503
A 11	626	716	806	896	986	1 076	1 166	1 256	1 346	1 436	1 526	1 616
A 12	695	790	885	980	1 075	1 170	1 265	1 360	1 455	1 550	1 645	1 740
A 13	764	863	962	1 061	1 160	1 259	1 358	1 457	1 556	1 655	1 754	1 853
A 14	830	932	1 034	1 136	1 238	1 340	1 442	1 544	1 646	1 748	1 850	1 952
A 15	928	1 038	1 148	1 258	1 368	1 478	1 588	1 698	1 808	1 918	2 028	2 138
A 16 bis B 2	1 000	1 118	1 236	1 354	1 472	1 590	1 708	1 826	1 944	2 062	2 180	2 298
B 3 bis B 4	1 016	1 142	1 268	1 394	1 520	1 646	1 772	1 898	2 024	2 150	2 276	2 402
B 5 bis B 7	1 129	1 268	1 407	1 546	1 685	1 824	1 963	2 102	2 241	2 380	2 519	2 658
B 8 und höher	1 236	1 396	1 556	1 716	1 876	2 036	2 196	2 356	2 516	2 676	2 836	2 996

Anlage 3 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	399	478	557	636	715	794	873	952	1 031	1 110	1 189	1 268
A 5 bis A 6	456	539	622	705	788	871	954	1 037	1 120	1 203	1 286	1 369
A 7 bis A 8	515	607	699	791	883	975	1 067	1 159	1 251	1 343	1 435	1 527
A 9	609	708	807	906	1 005	1 104	1 203	1 302	1 401	1 500	1 599	1 698
A 10	690	793	896	999	1 102	1 205	1 308	1 411	1 514	1 617	1 720	1 823
A 11	760	869	978	1 087	1 196	1 305	1 414	1 523	1 632	1 741	1 850	1 959
A 12	844	959	1 074	1 189	1 304	1 419	1 534	1 649	1 764	1 879	1 994	2 109
A 13	927	1 047	1 167	1 287	1 407	1 527	1 647	1 767	1 887	2 007	2 127	2 247
A 14	1 008	1 132	1 256	1 380	1 504	1 628	1 752	1 876	2 000	2 124	2 248	2 372
A 15	1 126	1 259	1 392	1 525	1 658	1 791	1 924	2 057	2 190	2 323	2 456	2 589
A 16 bis B 2	1 215	1 358	1 501	1 644	1 787	1 930	2 073	2 216	2 359	2 502	2 645	2 788
B 3 bis B 4	1 233	1 386	1 539	1 692	1 845	1 998	2 151	2 304	2 457	2 610	2 763	2 916
B 5 bis B 7	1 371	1 540	1 709	1 878	2 047	2 216	2 385	2 554	2 723	2 892	3 061	3 230
B 8 und höher	1 500	1 694	1 888	2 082	2 276	2 470	2 664	2 858	3 052	3 246	3 440	3 634

Anlage 3 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	128	146	164	182	200	218	236	254	272	290	308	326

Dieser Betrag erhöht sich für das erste Kind um 50 DM
für das zweite Kind um 70 DM
für das dritte und jedes weitere Kind um 120 DM

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik**
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1	715	642
A 2	726	642
A 3	736	653
A 4	762	663
A 5	867	746
A 6	882	762
A 7	976	846
A 8	1 002	856
A 9	1 133	955
A 10	1 279	1 075
A 11	1 436	1 195
A 12	1 639	1 347
A 13	1 723	1 420
A 14	1 864	1 540
A 15	2 093	1 712
A 16	2 297	1 848
B 3	2 370	1 848
B 6	2 673	2 051
B 9 und höher	3 007	2 250

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Anlage 5

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebens- jahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebens- jahres DM	Verheirateten- zuschlag DM
A 1 bis A 4	628	706	200
A 5 bis A 8	754	859	230
A 9 bis A 11	889	1 012	266
A 12	1 136	1 280	292
A 13	1 177	1 324	297
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 219	1 368	301

Anlage 6

**Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer
dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik**

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	355
A 2	355
A 3	381
A 4	402
A 5	433
A 6	454
A 7	465
A 8	491
A 9	553
A 10	616
A 11	673
A 12	746
A 13	835
A 14	872
A 15	1 018
A 16	1 169
B 3	1 409
B 6	1 660

Zweites Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Vom 18. August 1976

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1025), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Juli 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 1781), wird wie folgt geändert:

1. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13

(1) Für die Zulassung zu den Laufbahnen werden die Bildungsgänge und ihre Abschlüsse den Laufbahnen in Übereinstimmung mit dem beamtenrechtlichen Grundsatz der funktionsbezogenen Bewertung zugeordnet. Die Anwendung dieses Grundsatzes im Besoldungsrecht ist dabei zu beachten.

(2) Für die Zulassung ist zu fordern

1. für die Laufbahnen des einfachen Dienstes mindestens der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. für die Laufbahnen des mittleren Dienstes mindestens der Abschluß einer Realschule oder der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule und eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder eine Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
3. für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
4. für die Laufbahnen des höheren Dienstes ein nach Absatz 3 Satz 2 geeignetes, mindestens dreijähriges mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium an einer Hochschule.

(3) Die Laufbahnvorschriften bestimmen in Übereinstimmung mit Absatz 1 unter Berücksichtigung der besoldungsrechtlichen Regelungen, welche Bildungsgänge und Prüfungen nach Absatz 2 Nr. 1 bis 4 die Voraussetzungen für die Laufbahn erfüllen. Die Bildungsvoraussetzungen müssen geeignet sein, in Verbindung mit der für die Laufbahn vorgeschriebenen berufspraktischen Ausbildung oder Tätigkeit die Anforderungen der Befähigung für die Laufbahn zu erfüllen. Mit dieser Maßgabe müssen sie für gleich zu bewer-

tende Befähigungen einander gleichwertig sein. Die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder sind verpflichtet, nach diesen Bestimmungen zur Wahrung der Einheitlichkeit, insbesondere zur Sicherung der Ziele des § 122 Abs. 2, bei der Vorbereitung der Regelungen nach Satz 1 zusammenzuwirken.“

2. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

(1) Laufbahnbewerber leisten einen Vorbereitungsdienst. Inhalt und Dauer des Vorbereitungsdienstes sind den Erfordernissen der einzelnen Laufbahnen anzupassen. Der Vorbereitungsdienst schließt in den Laufbahnen des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes mit einer Prüfung ab.

(2) Der Vorbereitungsdienst in den Laufbahnen des gehobenen Dienstes dauert drei Jahre. Er vermittelt in einem Studiengang einer Fachhochschule oder in einem gleichstehenden Studiengang den Beamten die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben in ihrer Laufbahn erforderlich sind. Der Vorbereitungsdienst besteht aus Fachstudien von mindestens achtzehnmonatiger Dauer und berufspraktischen Studienzeiten. Die berufspraktischen Studienzeiten umfassen die Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben; der Anteil der praktischen Ausbildung darf eine Dauer von einem Jahr nicht unterschreiten.

(3) In den Laufbahnen des gehobenen Dienstes kann der Vorbereitungsdienst auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben beschränkt werden, wenn der Erwerb der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind, durch eine insoweit als geeignet anerkannte Prüfung als Abschluß eines Studienganges an einer Hochschule nachgewiesen worden ist. Anrechenbar sind Studienzeiten von der Zeitdauer, um die nach Satz 1 der Vorbereitungsdienst gekürzt ist. Gegenstand der Laufbahnprüfung sind Ausbildungsinhalte des berufspraktischen Vorbereitungsdienstes.

(4) Nach näherer Bestimmung der Laufbahnvorschriften besitzt die Befähigung für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes auch, wer außer-

halb des Vorbereitungsdienstes eine den Anforderungen des Absatzes 2 entsprechende Ausbildung in einem Studiengang einer Hochschule durch eine Prüfung abgeschlossen hat, die der Laufbahnprüfung gleichwertig ist. Wenn die besonderen Verhältnisse der Laufbahn es erfordern, kann als Voraussetzung für die Anerkennung der Prüfung als Laufbahnprüfung eine auf höchstens sechs Monate zu bemessende Einführung in die Laufbahnaufgaben vorgeschrieben werden.

(5) Der Vorbereitungsdienst in den Laufbahnen des höheren Dienstes dauert mindestens zwei Jahre.

(6) Für Beamte besonderer Fachrichtungen können an Stelle des Vorbereitungsdienstes und der Laufbahnprüfung (Absätze 1 bis 3 und 5) andere nach § 13 Abs. 3 gleichwertige Befähigungsvoraussetzungen vorgeschrieben werden, wenn es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern.

(7) Für die Ausbildung der Bezirksnotare in Baden-Württemberg kann eine längere als die in Absatz 2 bestimmte Dauer des Vorbereitungsdienstes vorgeschrieben werden.“

3. § 14 a Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Abweichend von § 13 Abs. 2 Nr. 4 und § 14 Abs. 1 und 5 kann die Befähigung erworben werden für

1. die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes auch durch einen Ausbildungsgang nach § 5 b des Deutschen Richtergesetzes,
2. Lehrerlaufbahnen des höheren Dienstes auch durch gleichwertige, mindestens fünfeinhalbjährige Ausbildungsgänge, in denen Studium und praktische Vorbereitung zusammengefaßt und durch eine der Prüfung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 gleichwertige Staatsprüfung abgeschlossen worden sind. Die erste Staatsprüfung kann durch eine Zwischenprüfung oder durch ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen ersetzt werden. Die abschließende Staatsprüfung muß in ihren Anforderungen der für die entsprechende Lehrerlaufbahn des höheren Dienstes eingerichteten zweiten Staatsprüfung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 gleichwertig sein.“

4. § 14 b erhält folgende Fassung:

„§ 14 b

Auf die Ausbildung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst nach § 13 Abs. 2 Nr. 4 und § 14 Abs. 1 und 5 oder § 14 a kann nach Maßgabe des § 5 c des Deutschen Richtergesetzes eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen Justizdienst oder für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst angerechnet werden.“

5. In § 122 Abs. 2 werden die Worte „Abs. 1 und 2“ gestrichen.

6. In § 125 a Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Sätze 1 und 2 gelten für Beförderungen sinngemäß, sofern die dienstlichen Leistungen eine Beförderung während der Probezeit rechtfertigen.“

Artikel 2

Die geltenden Vorschriften über die lehrberuflichen Laufbahnen und Lehrämter, soweit für sie nicht Voraussetzungen entsprechend § 13 Abs. 2 Nr. 2 oder entsprechend § 13 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 bis 4, 6 vorgeschrieben sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Artikel 3

Das Bundesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 1971 (Bundesgesetzblatt I S. 1181), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften vom 14. Juni 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 1477), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 15 wird folgender § 15 a eingefügt:

„§ 15 a

(1) Für die Zulassung zu den Laufbahnen werden die Bildungsgänge und ihre Abschlüsse den Laufbahnen in Übereinstimmung mit dem beamtenrechtlichen Grundsatz der funktionsbezogenen Bewertung zugeordnet. Die Anwendung dieses Grundsatzes im Besoldungsrecht ist dabei zu beachten.

(2) Die Laufbahnvorschriften bestimmen in Übereinstimmung mit Absatz 1 unter Berücksichtigung der besoldungsrechtlichen Regelungen, welche Bildungsgänge und Prüfungen nach den §§ 16 bis 19 die Voraussetzungen für die Laufbahn erfüllen. Die Bildungsvoraussetzungen müssen geeignet sein, in Verbindung mit der für die Laufbahn vorgeschriebenen berufspraktischen Ausbildung oder Tätigkeit die Anforderungen der Befähigung für die Laufbahn zu erfüllen. Mit dieser Maßgabe müssen sie für gleich zu bewertende Befähigungen einander gleichwertig sein. § 13 Abs. 3 Satz 4 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gilt entsprechend.“

2. In § 16 Nr. 1 werden die Worte „der erfolgreiche Besuch einer Volksschule oder eine entsprechende Schulbildung“ durch die Worte „der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand“ ersetzt.

3. § 17 erhält folgende Fassung:

„§ 17

Für die Laufbahnen des mittleren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der Abschluß einer Realschule oder der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule und eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder

eine Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen
Ausbildungsverhältnis
oder

ein als gleichwertig anerkannter Bildungs-
stand,

2. ein Vorbereitungsdienst von einem Jahr,
3. die Ablegung der Laufbahnprüfung."

4. § 18 erhält folgende Fassung:

„§ 18

(1) Für die Laufbahnen des gehobenen Dien-
stes sind zu fordern

1. eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren,
3. die Ablegung der Laufbahnprüfung.

(2) Der Vorbereitungsdienst vermittelt in einem Studiengang einer Fachhochschule oder in einem gleichstehenden Studiengang den Beamten die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben in ihrer Laufbahn erforderlich sind. Der Vorbereitungsdienst besteht aus Fachstudien von mindestens achtzehnmonatiger Dauer und berufspraktischen Studienzeiten. Die berufspraktischen Studienzeiten umfassen die Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben; der Anteil der praktischen Ausbildung darf eine Dauer von einem Jahr nicht unterschreiten.

(3) Der Vorbereitungsdienst kann auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben beschränkt werden, wenn der Erwerb der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind, durch eine insoweit als geeignet anerkannte Prüfung als Abschluß eines Studienganges an einer Hochschule nachgewiesen worden ist. Anrechenbar sind Studienzeiten von der Zeitdauer, um die nach Satz 1 der Vorbereitungsdienst gekürzt ist. Gegenstand der Laufbahnprüfung sind die Ausbildungsinhalte des berufspraktischen Vorbereitungsdienstes.

(4) Nach näherer Bestimmung der Laufbahnvorschriften besitzt die Befähigung für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes auch, wer außerhalb des Vorbereitungsdienstes eine den Anforderungen des Absatzes 2 entsprechende Ausbildung in einem Studiengang einer Hochschule durch eine Prüfung abgeschlossen hat, die der Laufbahnprüfung gleichwertig ist. Wenn die besonderen Verhältnisse der Laufbahn es erfordern, kann als Voraussetzung für die Anerkennung der Prüfung als Laufbahnprüfung eine auf höchstens sechs Monate zu bemessende Einführung in die Laufbahnaufgaben vorgeschrieben werden."

5. § 19 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind zu fordern

1. ein nach § 15 a Abs. 2 Satz 2 geeignetes, mindestens dreijähriges mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium an einer Hochschule,
2. ein Vorbereitungsdienst von mindestens zwei Jahren und die Ablegung der Laufbahnprüfung oder einer die Befähigung für die Laufbahn vermittelnden zweiten Prüfung."

6. § 20 erhält folgende Fassung:

„§ 20

(1) Für Beamte besonderer Fachrichtungen können an Stelle des Vorbereitungsdienstes und der Laufbahnprüfung (§§ 16 bis 19) andere nach § 15 a Abs. 2 gleichwertige Befähigungsvoraussetzungen vorgeschrieben werden, wenn es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern.

(2) Die Laufbahnvorschriften können bestimmen, inwieweit eine für die Ausbildung des Beamten förderliche berufliche Tätigkeit auf den Vorbereitungsdienst angerechnet wird."

Artikel 4

Übergangsvorschriften zu den Artikeln 1 und 3

1. Abweichend von § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes können bis zum 31. Dezember 1979 auch Bewerber zugelassen werden

zu den Laufbahnen des mittleren Dienstes, wenn sie mindestens den erfolgreichen Besuch einer Hauptschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand,

zu den Laufbahnen des gehobenen Dienstes, wenn sie mindestens den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand

nachweisen.

Die Frist kann für Laufbahnen des mittleren Dienstes, soweit es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern und die gleichmäßige Anwendung der Bestimmungen des § 13 Abs. 1 und 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes nicht beeinträchtigt wird, nach näherer Maßgabe der Laufbahnvorschriften für eine weitere Zeit bis zu drei Jahren verlängert werden.

2. In den Laufbahnen des gehobenen Dienstes werden die Ausbildungsinhalte des Vorbereitungsdienstes nach Maßgabe der Laufbahnvorschriften in zeitlicher Stufenfolge bis spätestens zum 31. Dezember 1979 den Anforderungen des § 14 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes angepaßt, so wie es den Erfordernissen der Laufbahn und den Bildungsabschlüssen der Bewerber entspricht.

3. Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes für Laufbahnen des gehobenen Dienstes eine längere als die in § 14 Abs. 2 Satz 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes bestimmte Dauer des Vorbereitungsdienstes vorgeschrieben ist, wird sie bis zum 1. Januar 1985 der Ausbildungsdauer nach § 14 Abs. 2 Satz 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes angepaßt. § 14 Abs. 7 des Beamtenrechtsrahmengesetzes bleibt unberührt.

4. Abweichend von § 17 Nr. 1 und von § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes können nach Maßgabe der Laufbahnvorschriften bis zum 31. Dezember 1979 auch Bewerber zugelassen werden

zu den Laufbahnen des mittleren Dienstes, wenn sie mindestens den erfolgreichen Besuch einer Hauptschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand,

zu den Laufbahnen des gehobenen Dienstes, wenn sie mindestens den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand

nachweisen.

Die Frist kann für Laufbahnen des mittleren Dienstes, soweit es die besonderen Verhältnisse

der Laufbahn erfordern und die gleichmäßige Anwendung der Bestimmungen des § 15 a des Bundesbeamtengesetzes nicht beeinträchtigt wird, nach näherer Maßgabe der Laufbahnvorschriften für eine weitere Zeit bis zu drei Jahren verlängert werden.

5. In den Laufbahnen des gehobenen Dienstes werden die Ausbildungsinhalte des Vorbereitungsdienstes nach Maßgabe der Laufbahnvorschriften in zeitlicher Stufenfolge bis zum 31. Dezember 1979 den Anforderungen des § 18 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes angepaßt, so wie es den Erfordernissen der Laufbahn und den Bildungsabschlüssen der Bewerber entspricht.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. August 1976

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Osswald

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.